

## Reformen und Lohnsenkungen wirken: Sozialversicherungen vor der Pleite

In den Unternehmen wird die Forderung nach längeren Arbeitszeiten und niedrigeren Entlohnungen gestellt, Sozialversicherungsbeiträge und Unternehmenssteuern gelten nur noch als „Lohnnebenkosten“ und sind zum Kahlschlag freigegeben. Damit soll die Wirtschaft für einen neuen großartigen Aufschwung „fit gemacht“ werden. Der lässt aber schon seit Jahren auf sich warten.

Die Beschäftigten gelten als der Hauptkostenfaktor in den Unternehmen. Um die Profite zu steigern, soll die gleiche Arbeit mit weniger Personal verrichtet werden. VW droht mit dem Abbau von 30.000 Arbeitsplätzen, Opel will 12.000 Stellen abbauen, Karstadt 5500, Spar 1000 und Schlecker einige hundert. Selbst beim hochprofitablen Autohersteller Porsche zeichnet sich ein Streit über längere Arbeitszeiten ab. Und auch bei Siemens will man Lohnsenkungen und längere Arbeitszeiten durchsetzen – sonst droht man fast 1000 Stellen zu streichen bzw. nach Tschechien zu verlagern. Sie alle sparen, entlassen und schließen was das Zeug hält.

### Schon seit Jahren ändert sich der Arbeitsmarkt zum Nachteil der Beschäftigten

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sank in den letzten 10 Jahren um 1,7 Millionen auf 26,5 Millionen. Davon sind wiederum ca. 10 Prozent Teilzeitbeschäftigte.
- 327.000 Menschen sind heute bei Leiharbeitsfirmen beschäftigt.
- Die Zahl der Mini-Jobs in der BRD stieg seit September 2002 von 4,1 Millionen auf 6,7 Millionen im Juni 2004 drastisch an.

Der Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse bzw. ihre Umwandlung in Mini- und künftig gar Ein-Euro-Jobs bedeuten weniger Geld für die Sozialversicherungen. Durch Arbeitszeitverlängerungen ohne jeden Lohnausgleich werden noch mehr Menschen überflüssig und aus den regulären Arbeitsstellen gedrängt, die Sozialkassen nehmen noch weniger ein.



### Hartz IV: Ein-Euro-Jobs statt regulärer Arbeitsplätze

Auch die Politik tut das ihrige, damit es allen, die von ihrer Arbeit leben müssen, immer schlechter geht. Bund und Länder wollen durch Arbeitszeitverlängerungen bei den öffentlich Beschäftigten Geld einsparen. Vor allem aber findet nächstes Jahr mit Hartz IV der größte Umbau des Arbeitsmarktes in der Geschichte der Bundesrepublik statt. Dann werden die Arbeitssuchenden noch stärker als bisher unter Druck gesetzt, um jeden Preis jede Beschäftigung anzunehmen.

Die Politik der Lohnkürzungen wird insbesondere durch die Keule der Ein-Euro-Jobs – auch ein Element von Hartz IV – verschärft. In immer mehr Gemeinden werden vorhandene Gelder schwerpunktmäßig für Ein-Euro-Jobs genutzt und nicht mehr für die Schaffung regulärer Stellen. Kurz vor seiner Abwahl verkündete Herfords Ex-Bürgermeister Thomas Gabriel, dass die Stadt weiter Personal abbauen müsse, „auch zugunsten von Ein-Euro-Kräften“ (NW 23.10.2004). Vom neuen Bürgermeister Bruno „Mittendrin“ Wollbrink (SPD) ist keine Änderung dieser Politik zu erwarten. Diese Praktik ist auch in vielen anderen Gemeinden gang und gäbe. Auch Sozialberufe gelten zunehmend als nicht mehr bezahlbar. Ein-Euro-Jobs werden dazu führen, dass auch in diesem Bereich reguläre Arbeitsplätze eingespart und verdrängt werden. Durch Ein-Euro-Jobs werden also sehr viele normale Arbeitsplätze verloren gehen.

### Beitragerhöhungen und neue Kürzungen bei den Sozialversicherungen

Anders als uns die Politiker vorgaukelten, senkte im vergangenen Jahr nur knapp ein Viertel der **Krankenkassen** die Beiträge. Der Durchschnittsverdiener sparte gerade mal 1,59 Euro im Monat. Aufgefressen wurden diese „Ersparnisse“ durch die enormen Zuzahlungen, die ein Kranker dank der „Reformen“ zu leisten hat. Hinzu kommen ab dem 1. Juli 2005 zusätzliche Beitragszahlungen in Höhe von insgesamt 0,9 Prozent des Bruttoeinkommens, die für Zahnersatz und Krankengeld zu leisten sind.

Aufgrund der Beitragsausfälle durch Lohnsenkungen, dem Abbau regulärer Arbeitsverhältnisse und der Verteuerung von Medikamenten durch das Auslaufen des Rabattzwanges von 16 Prozent, den die Regierung der Pharmaindustrie verordnet hatte, wird es 2005 wieder Beitrags erhöhungen geben.

Auch die **RentnerInnen** haben unter den Einnahmeausfällen der Sozialversicherungen zu leiden. Im kommenden Jahr werden die „Rentenerhöhungen“ deutlich unter der Inflationsrate (derzeit über 2 Prozent) liegen. Gegenwärtig wird mit einer Rentenerhöhung von 0,6 Prozent gerechnet. Zusätzlich werden die RentnerInnen ab Juli nächsten Jahres mit der zusätzlichen Zahnersatzversicherung in Höhe von 0,4 Prozent der Bruttorente belastet. Die Rentenreserven reichen gegenwärtig gerade noch für eine Woche. Es sähe noch schlechter aus, wenn die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte ihre Wohnungsgesellschaft Gagfah nicht vor einigen Wochen für 2,123 Milliarden Euro an eine amerikanische Immobilienfirma verscherbelt hätte. Die Lohnkürzungs- und Entlassungspolitik der Firmen wird die Rentenversicherung weiter ruinieren. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis weitere Rentenkürzungen beschlossen werden.

Und auch bei der **Pflegeversicherung** blieb die Entwicklung des Arbeitsmarktes nicht ohne Folgen: Seit Jahren übersteigen die Ausgaben die Einnahmen. Seit April diesen Jahres zahlen RentnerInnen den vollen Beitragssatz, ab Januar 2005 sollen Kinderlose – zynischerweise begründet mit der „Entlastung“ von Familien – einen zusätzlichen Beitrag von 0,25 Prozent in die Pflegeversicherung einzahlen. RentnerInnen und Kinderlose sollen also die Folgen der Personalkostensenkungspolitik der Firmen ausgleichen. Man muss kein Hellseher sein, um zu erkennen, dass die Pflegeversicherung entweder Pleite geht oder auch hier Beiträge erhöht und Leistungen gekürzt werden.

### **Der Aufschwung bleibt aus – wieder einmal**

Im Sommer 2004 wurde unter großem Jubel verkündet, dass die Konjunktur endlich wieder in Fahrt kommt. Jetzt halten führende Wirtschaftsforscher den Aufschwung bereits wieder für beendet. Und die Arbeitslosenzahlen steigen weiter. Wen außer den so genannten „Experten“ wundert das eigentlich noch? Angst vor den Auswirkungen der Reformen, Jobverlust und Armut macht nicht gerade Laune zum Geld ausgeben. Selbst wer noch eine normale Arbeit hat, dem bleibt von Jahr zu Jahr weniger zum konsumieren übrig. Die mickrige Steuersenkung im Januar kam sowieso nur den Reichen zu Gute und wird für den Normalbürger durch Lohndumping und Sozialabbau mehr als ausgeglichen. Alles in allem sind die um die Inflationsrate bereinigten Nettoeinkommen heute um 5,2 Prozent niedriger als zehn Jahre zuvor – Tendenz: Weiter fallend.

Alles läuft nach dem Motto: „Wenn wir nur genug Opfer bringen, wird der Marktwirtschaftsgott uns erhören und wieder für uns sorgen.“ In Wirklichkeit werden das niedrige Lohnniveau und immer weniger Beschäftigte die Wirtschaft vollends abwürgen.

### **Fazit**

Alles in allem wird die Personalsenkungspolitik der Firmen verbunden mit Hartz IV und den anderen „Reformen“ der „Agenda 2010“ das Ende des sozialen Sicherungssystems bedeuten. Es wird immer weniger sozialversicherungspflichtige Jobs geben, und für die Verbliebenen in den Normalbeschäftigungsverhältnissen stehen drastische Lohnkürzungen und außerdem Arbeitszeitverlängerungen ins Haus. Weil die Sozialversicherungen (das sind Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) ihre Einkünfte aus prozentualen Anteilen der Entlohnung aus den Normalbeschäftigungsverhältnissen (plus einem fast genauso hohen Arbeitgeberanteil) beziehen, wird in den Kassen immer mehr Geld fehlen.

Aber egal, was die Ursache ist, die Lösung soll immer die gleiche sein. Den Managern, den so genannten „Experten“ auf ihren gut dotierten Pöstchen und den Politikern fällt immer nur das Gleiche ein: Sparen, Kürzen, Streichen. „Wir stehen erst am Anfang der Reformen“, wiederholen sie gebetsmühlenartig, so etwa Dieter Hundt, Chef der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) am 22.10.04 in Berlin.

Wo bleibt der öffentliche Aufschrei über die Arroganz, die die Menschen herumstößt und ganze Städte und Regionen zum willfährigen Anhängsel von machtbesessenen Wirtschaftseliten macht?

**Es hilft alles nix:**

**Die Umverteilungspolitik der Regierenden kann nur durch eine breite öffentliche Protestbewegung gestoppt werden!**

### **Wir über uns**

Wir sind eine unabhängige Gruppe aus dem Kreis Herford, die es nicht hinnehmen will, wie tagtäglich die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten verschlechtert werden, wie SchulabgängerInnen keinen Ausbildungsplatz bekommen, wie Kranke immer mehr für ihre Behandlung bezahlen müssen, wie Renten abgesenkt werden, wie Erwerbslose immer rechtloser werden, wie Pflegebedürftige zum Spielball der Politik werden ...

Wir wollen uns nicht länger das Geschwätz von den angeblich so armen und selbstlosen Unternehmern und den „verwöhnten“ ArbeiterInnen, Angestellten, RentnerInnen und Arbeitslosen anhören.

Wir finden es unerträglich, dass sich, anders als in anderen europäischen Ländern, kaum Widerstand gegen den Sozialabbau und den Zynismus der Reichen und ihrer Politiker regt.

Darum: wer eine menschenwürdige Zukunft will, muss jetzt Widerstand gegen die Pläne von Wirtschaft und Politik leisten. Allen muss klar sein: was uns jetzt an sozialen Errungenschaften abgeknöpft wird, ist unwiederbringlich verloren.

Also protestiert gegen alle Formen des Sozialabbaus - werdet aktiv.

Wir freuen uns über jedeN, der/die uns bei unseren Aktivitäten unterstützt.

Kontakt: genug ist genug, Tel.: 05221-389746, email: kontakt@genugistgenug.net,

<http://www.genugistgenug.net>, V.i.S.d.P.: K. Gehrke, Postfach 4143, 32025 Herford

